

Abschlussplenum

Präsentation der Ergebnisse

Moderation:

Andreas Feß,

Zweiter Geschäftsführer der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes

Feß:

Wir sind Mitveranstalter dieser Fachkonferenz und haben in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung den Leitfaden „Polizei und Moscheevereine“ herausgegeben.

Workshops

Was in den einzelnen Workshops herausgekommen ist, werden die Moderatoren vorstellen.

Workshop 1 „Perspektiven für die Aus- und Weiterbildung“ Herr Dr. Gesemann

Workshop 2 „Wie kann interkulturelle Kompetenzentwicklung bei der Polizei gesteuert werden“ Frau Lima Curvello

Workshop 3 „Lokale und bundesweite Kompetenznetzwerke“ Herr Dr. Böse

Workshop 4 „Zusammenarbeit mit Moscheevereinen“ Dr. Kiefer

Workshop 1

Gesemann:

Wir hatten zunächst zwei Beiträge, zum einen von Herrn Kersten von der Polizeihochschule Baden-Württemberg und einen Beitrag von Herrn Reza Ahmari, Polizeihauptkommissar und Pressesprecher der Bundespolizei Frankfurt. Durch diese beiden sehr reichhaltigen und lebhaften Beiträge hatten wir einen Grundstock an Informationen und auch zahlreiche Beiträge in der Diskussion.

Wir waren uns alle darin einig, dass die Vermittlung von interkultureller Kompetenz in der Aus- und Fortbildung einen hohen Stellenwert hat und künftig noch mehr haben wird, als es gegenwärtig der Fall ist. Herr Kersten beispielsweise sprach davon, interkulturelle Kompetenz im Bereich der Ausbildung werde eher noch abhängig vom Engagement und vom Einsatz der verschiedenen Kollegen, sei kein integraler Bestandteil der Ausbildung und werde eher in homöopathischen Dosen verabreicht. Für die Fortbildung gilt, dass es keineswegs flächendeckende Angebote gibt und

dass auch vielfältige Widerstände auf verschiedenen Ebenen überwunden werden müssen.

Bestandsaufnahme: Vermittlung von interkultureller Kompetenz wird zwar von allen Seiten für wichtig erachtet, aber sie ist noch kein integraler Bestandteil von Aus- und Fortbildung. Ein zweiter Punkt, der relativ eindeutig war, betraf die Vorbehalte bei vielen Kollegen, weil im Vordergrund immer die Wahrnehmung oder Vermutung einer Defizitorientierung in dieser Förderung von interkultureller Kompetenz steht, als ginge es darum, bei einzelnen Polizeibeamten Defizite des beruflichen Handelns oder sogar der Persönlichkeit zu korrigieren. Vor dem Hintergrund dieser Vorbehalte lassen sich vielfältige Widerstände erklären. Es war weitgehend die einhellige Meinung, dass wir wegkommen müssen von dieser Defizitorientierung, dass es darum geht, wie es auch im Leitfaden ausgeführt worden ist, an den Ressourcen von Polizeibeamten anzuknüpfen, sie nicht mit Hilfe von interkultureller Kompetenz zu besseren Menschen machen zu wollen, sondern Handwerkszeug an die Hand zu geben, die eigene berufliche Praxis zu reflektieren und auch zu verbessern. Daraus resultiert, die Anforderungen an die einzusetzenden Methoden: Grundsensibilisierung, Reflexion in der Ausbildung, aber in der Fortbildung dann sehr handlungsbezogene, praxisbezogene Methoden.

Ein weiterer Punkt, der angesprochen worden ist: Stichwort systemischer Ansatz oder Organisationsentwicklung. Es muss darum gehen, nicht nur einzelne Kollegen fortzubilden, sondern wir müssen dahin kommen, dass Fortbildung auch verpflichtend wird und zum integralen Bestandteil von Organisationseinheiten wird. Frau Lima Curvello hatte ausgeführt, dass das ein zentraler Punkt im TiK-Ansatz ist. Es wurde in der Diskussion des Workshops auch noch einmal hervorgehoben, dass es darum geht, die verschiedenen Hierarchieebenen einzubeziehen und auch eine gewisse Verbindlichkeit zu erreichen. Ganz wichtig war in der Diskussion auch die Einstellung von Beamten mit Migrationshintergrund. Ich weiß nicht, ob in der Diskussion alle Gegensätze aufgelöst worden sind, aber wir waren uns doch darin einig, dass die ursprünglich damit verbundene Erwartung, dass der Einsatz von Beamten mit Migrationshintergrund möglicherweise zur Kriminalitätsprävention nachhaltig beiträgt, sich so nicht erfüllt hat, möglicherweise auch naiv war. Aber es müsse schon darum gehen, zunehmend auch Beamtinnen und Beamte mit Migrationshintergrund einzustellen und damit auch eine gewisse Selbstverständlichkeit zu erreichen, dass die Polizei auch die ethnische-kulturelle Vielfalt der Bevölkerung widerspiegeln müsse. Der instrumentelle Ansatz, durch den Einsatz von Migranten bei der Polizei bestimmte Ziele zu erreichen, sei aber doch zu verkürzt und illusionär und führe möglicherweise auf andere Weise wieder zu Frustrationen.

Was uns noch ganz wichtig war: wir haben uns im Workshop ausgetauscht über vielfältige Erfahrungen. Gerade die Frage des Transfers von Wissen, von Erfahrungen ist ein ganz wichtiger Punkt, und da kam konkret die Anfrage, ob es der Bundeszentrale für politische Bildung nicht möglich sei, ein Informationsportal ins Internet zu stellen, wo einzelne Bausteine einer interkulturellen Fortbildung abgerufen oder zumindest eingesehen werden können. Es gibt auf den verschiedenen Ebenen so viel an Wissen und Erfahrungen, auch über Methoden und Instrumente, dass es wichtig wäre, dieses Wissen, diese Erfahrungen auch zu transferieren und dass es dafür nicht nur entsprechender Ressourcen bedarf,

sondern die Bundeszentrale auch ein entsprechendes Forum zur Verfügung stellen könnte.

Workshop 2

Lima Curvello:

Das Thema unseres Workshops war "Wie kann interkulturelle Kompetenzentwicklung gesteuert werden". Prof. Klimecki hat das auf einer allgemeinen Ebene entwickelt, und wir haben das im weiteren Verlauf bezogen auf das Thema „Kompetenzentwicklung bei der Polizei“, was sehr spannend war. In seinem Vortrag sollte ja auch eine Begriffsklärung stattfinden, aber sehr praxisnah. Was ist unter Kompetenzentwicklung überhaupt zu verstehen, und ganz konkret: Wann wird Wissen überhaupt zu Kompetenz. Es kann sehr viel Wissen angehäuft werden, aber Wissen wird erst zu Kompetenz, wenn dieses Wissen dazu befähigt, praktische Probleme zu lösen. Eine weitere sehr spannende Sache war, was auch in der Diskussion immer wieder aufleuchtete, dass, um einen Prozess der interkulturellen Kompetenzentwicklung bei der Polizei oder auch einer anderen Institution zu implementieren, so etwas wie ein Masterplan erstellt werden muss, und dass, welche Form der interkulturellen Kompetenz entwickelt werden muss, von der konkreten Aufgabe aus mit einem bestimmten Ziel vor Augen zu bewältigen ist. Wir hatten auch diese Diskussion, die gestern hier auf dem Podium geführt wurde darüber, was die Aufgabe der Prävention sei. Und dann kamen die Leute von den Landesbehörden, BKA oder LKA, die haben natürlich ganz andere Fragestellungen zu dem Thema interkulturelle Kompetenzentwicklung. Da wurde wieder deutlich, es fällt zwar alles unter das Konzept interkulturelle Kompetenz, aber je nach Aufgaben werden natürlich ganz andere Fragen und Aspekte der interkulturellen Kompetenz relevant. Wir haben versucht, die allgemeinen Aufgaben der interkulturellen Kompetenzentwicklung im Präventionsbereich auf die konkrete Frage zu beziehen: Reicht das, was in dem Leitfaden entwickelt wurde, aus, um den Anforderungen an eine Steuerung, die dargestellt wurden, zu entsprechen? Daraus entstand eine Diskussion, die ich aber jetzt nur zusammenfassen werde. Verschiedene Teilnehmer, die diesen Leitfaden teilweise schon gelesen hatten, vermissten, dass die organisatorischen Voraussetzungen, um eine interkulturelle Kompetenzentwicklung bei der Polizei voranzubringen, nicht im Leitfaden thematisiert seien. Das werde zwar kurz angerissen, aber nur thesenartig, und dazu sei nur wenig in dem Leitfaden. Und dann wurden Vorschläge gemacht,

die, denke ich, auch als Empfehlungen gelten können. Wir brauchen einen Info-Pool, wo wir uns dieses Know-how abrufen können. Wir müssen ein Forum bilden, wo dieses Know-how weiter entwickelt wird, den Polizeidienststellen zur Verfügung steht und das unter Umständen auch zur Unterstützung konkreter Projekte, die vor Ort durchgeführt werden, in Anspruch genommen werden kann. Eine andere Sache, die wir auch gestern diskutiert haben, als die Kollegen aus Berlin, Essen und Stuttgart ihre Projekte vorgestellt haben, ist, dass so ein Prozess der interkulturellen Kompetenzentwicklung in einem ersten Schritt als Projekt laufen muss. Ich denke, das war das Wesentliche, was wir diskutiert haben.

Workshop 3

Böse:

Ich will damit beginnen, was Frau Lima Curvello als ein Defizit bezeichnet hat, nämlich die Herausbildung von Strukturen. Wir haben uns intensiv damit beschäftigt. Die Frage war, wie kann man jetzt aus diesem Leitfaden, der weitergegeben wird an die Dienststellen, etwas machen, was nicht zu dem großen Haufen aller Leitfäden dazugelegt wird, die es in den Polizeirevieren gibt, aller Rundschreiben aus den Ministerien, Polizeidirektionen, Polizeipräsidiën, was auch immer. Wie kann vielmehr das, was wir gestern als herausragend wichtig für unser Land bezeichnet haben, nicht nur umgesetzt, sondern auch weiterentwickelt werden. Wir haben uns am Anfang ein bisschen verhakelt bei der Unterschiedlichkeit der Organisationsformen, der Erscheinungsformen, z.B. im Präventionsbereich in den einzelnen Ländern – wir haben nun mal 16 Bundesländer plus Bund – die ganz unterschiedlich organisiert sind, die Präventionsräte haben oder aber auch nicht. Wir fanden, auf der lokalen Ebene muss eine Vernetzung geschehen nach dem System, wie es in dem jeweiligen Land vorgegeben ist. Wenn es dort Präventionsräte gibt, muss mit diesen Präventionsräten vernetzt werden. Diese gibt es in manchen Bundesländern nicht, in manchen haben sie eine ganz bestimmte Erscheinungsform. Hier muss man sehen, dass das so erfolgt, wie es dem jeweiligen Bundesland gerecht wird und sich gut einpasst.

Auf der anderen Seite muss es auch eine Vernetzung innerhalb der Polizei geben. Es kann nicht ein Einzelner sein – ein Bezirksbeamter oder ein Kontaktbereichsbeamter – sondern es muss eine Vernetzung innerhalb der Polizeidienststellen geben. Ob hin zum Präventionsbereich, zum Staatsschutz, je nach dem, was vonnöten ist, aber auch vor allem in die Leitung hinein, das müssen wir den jeweiligen Ländern überlassen in ihren Organisationsformen. Aber diese Notwendigkeit besteht immerhin. Wir müssen sehen, dass wir auf Bundesebene etwas zustande bringen, dass dieses Projekt nicht untergeht und eines neben vielen bleibt, sondern dass es hier Motoren gibt, die dieses Projekt nicht nur am Laufen halten, sondern dafür sorgen, dass es vorangeht.

Unsere Gruppe hat mich beauftragt, Kontakt aufzunehmen mit der ProPK, mit Herrn Hetger, die ProPK ist ja eine Untergliederung der Innenministerkonferenz, und Herrn Hetger zu bitten, einen Beschlussvorschlag auf den Weg zu bringen, zumindest auf der Ebene des AK 2, das ist der Arbeitskreis, der sich bei der Innenministerkonferenz mit Polizeiangelegenheiten befasst, möglicherweise auch auf der Ebene der Minister. Wir stellen anheim, auf geeignete Art und Weise, aber doch mindestens auf der Ebene des AK 2, um dem Ganzen eine gewisse Bedeutung zu geben, dafür zu sorgen, dass nicht einzelne Verantwortliche in den Bundesländern das ad acta legen. Wir wollen der ProPK vorschlagen, dass in jedem Land von der Organisationsform her ein Beauftragter für interkulturelle Kompetenz geschaffen wird, der verantwortlich ist für die Umsetzung im jeweiligen Bundesland, der aber auch der Motor sein sollte. Aus Baden-Württemberg wurde geschildert, dass in vielen Polizeien schon ein System der Koordinatoren vorhanden ist, hier in Baden-Württemberg wohl vom Landeskriminalamt ausgehend zu den Landespolizeipräsidiën und weiter hin zu den Polizeidirektionen. Hier muss auch die geeignete Form im jeweiligen Bundesland gefunden werden. Aber so können wir uns vorstellen, dass das geschieht, und wir wollen darüber hinaus, dass diese Koordinatoren sich auf Bundesebene treffen und austauschen. Als Modell könnte hier die Kommission KPK dienen, die sich ja mit

Prävention befasst. Ob das innerhalb dieser Kommission geschieht oder ob es dann eine eigene Kommission gibt, muss man auch sehen. Sie merken daran, es gibt schon Fragen zur geeigneten Form, die die jeweils Zuständigen selber klären müssen. Rauskommen muss nur etwas, was den Informationsaustausch von unten nach oben und umgekehrt von oben nach unten ermöglicht, indem diese Landesbeauftragten sich treffen.

Wir haben auch diskutiert, wie wir die Weiterentwicklung voranbringen können, denn der Leitfaden ist ja das Produkt dieser drei Modellprojekte, die in sich schon recht unterschiedlich sind. Und wenn man das in den verschiedenen Ländern umsetzt, wird es ja noch unterschiedlicher werden, und da werden auch Erkenntnisse hinzukommen, es wird eine Weiterentwicklung geben. Wie kann man das bewerten, wie kann man auch sehen, dass die Erkenntnisse im Sinne „von oben nach unten“ weitergegeben werden. Der Vorschlag war, dies an die Polizeiliche Führungsakademie zu geben, die ja nun seit Jahren nicht nur eine interne Hochschule sein will, sondern eine Hochschule nach Hochschulgesetz, und die sich auch forschungsähnlich damit beschäftigt, auch vielleicht im Sinne eines Beirats. Dadurch könnte gewährleistet werden, dass eine Struktur entsteht, dass klare Verantwortlichkeiten bestehen, und doch genügend Spielraum bleibt für die Umsetzung in den jeweiligen Bundesländern entsprechend den dortigen Organisationsformen.

Wir haben festgestellt, dass es einen hohen Bedarf an Fachtagungen wie dieser hier gibt, die auch durchgeführt werden sollten. Auch dies ein Appell an diejenigen, die in der Lage sind, so etwas machen zu können. Natürlich bei den Polizeien, aber auch bei der Bundesanstalt, bei der wir uns bedanken können, dass sie diese Initiative hier unternommen hat. Ich weiß nicht, ob ich für alle hier sprechen darf. Ich habe jedenfalls sehr viel an neuen Erkenntnissen dazu gewonnen, und auch durch die Gespräche ist vieles in der Sichtweise revidiert worden. Der Bedarf für solche Fachtagungen, wo nicht politisiert wird, sondern unter fachlichen Gesichtspunkten das Ganze diskutiert wird, ist sehr groß. Und wir wollen, dass eine Verankerung nicht nur bei der Ausbildung, sondern auch bei der Weiterbildung da sein sollte bis hin zur Ebene der Polizeichefs. Hier gibt es ja auch das Instrument der PFA, die Polizeichefs regelmäßig zu Weiterbildungsveranstaltungen einzuladen. Denn wenn der Chef nicht dahinter steht, können Sie eigentlich nichts machen. Auch er muss sich das für ihn notwendige Maß an interkultureller Kompetenz aneignen und muss dafür zumindest die Gelegenheit erhalten. Vielen Dank.

Feß:

Ich als Vertreter der ProPK höre das natürlich gern, dass man uns zutraut, bundesweit so etwas zu koordinieren. Ich darf dazu ausführen, dass wir bereits auf der Ebene der Polizei- und Kriminalprävention eine Projektgruppe Migranten eingerichtet haben. Da muss man sich in der Tat Gedanken machen, ob man hier vielleicht auch den Arbeitsauftrag erweitert in Bezug auf eine Einbindung der IMK. Es ist beabsichtigt, in der kommenden Sitzung der IMK den Leitfaden vorzustellen. Wir sind insofern bemüht, auch bei den oberen Entscheidungsträgern ein politisches Bewusstsein herbeizuführen. Und den Vorschlag, das mit einem förmlichen Beschluss durchzuführen, werden wir gerne aufnehmen. - Jetzt zum letzten Workshop.

Workshop 4

Kiefer:

Wie kann eine Zusammenarbeit mit den Moscheevereinen aussehen? Wir haben zunächst dazu ausführliche Praxisberichte gehört von Herrn Metz und von Herrn Czarmyan, die aus ihrem Arbeitbereich aus den letzten Jahren geschildert haben, wie die Zusammenarbeit mit den Moscheegemeinden aussieht. Das war außerordentlich interessant. Aber zunächst einmal wollte ich die grundlegenden Rahmenbedingungen dieser Arbeit, den konzeptionellen Ansatz deutlich machen. Das Interessante ist, Essen ist ein Modellprojekt, und es ist zugleich keines. Es ist keines, weil die Beamten nicht den Anspruch erheben, dass sie einen Arbeitsansatz gefunden hätten, der ohne weiteres auf andere Städte übertragen werden könnte. Sie sagen, das sei ein kleinräumlicher Arbeitsansatz, ein Arbeitsansatz, der die spezifischen Bedingungen des Quartiers aufgreift und versucht, darin dann bei den Problemen Lösungen zu finden. Und es gibt, so wie ich das verstanden hatte, drei Leitregeln, die die Arbeit im Geiste des Pragmatismus bestimmen. Man hat zunächst kein Konzept, man geht in die Arbeit hinein, sieht die Probleme – also: die Probleme sehen und analysieren. Der nächste Schritt ist, im kleinen Raum zu prüfen, welche Ressourcen stehen zur Verfügung, die bei der Lösung des Problems hilfreich sein könnten. Und im dritten Schritt erst geht es darum, diese Ressourcen zu bündeln und gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten. Wichtig hierbei ist, dass Kontinuitäten bestehen, personell sowohl bei der Polizei als auch bei den Kooperationspartnern. Man kann, das ist in den Ausführungen deutlich herausgekommen, keine raschen Erfolge in dieser Arbeit erwarten, sondern man braucht Geduld, man braucht mehrere Jahre Aufbauarbeit, bis es zu funktionierenden Kooperationen mit den Vereinen kommt. Das ist insbesondere eine Erfahrung, die mit der libanesischen Moschee gemacht wurden. Dort hat sich eine funktionierende Kooperation mit dem Imam entwickelt, der auch rasch hinzugezogen werden kann, wenn es Probleme geben sollte. Wichtig ist in diesem Kontext auch, dass man, wenn Probleme im Sozialraum auftauchen, diese nicht auf die lange Bank schiebt, sondern sofort mit der Suche nach Lösungsmöglichkeiten beginnt und auf dem kurzen Dienstwege sofort aktiv wird, ohne auf irgendwelche Besprechungen zu warten, etwa auf die nächste Sitzung im Quartiersmanagement.

Man kann für Essen sagen, dass die Rahmenbedingungen der Polizeiarbeit in Katernberg weit gediehen sind. Sie sind sehr gut. Es gibt dort nämlich seit geraumer Zeit die sogenannte Sozialraumkonferenz, die siebenmal im Jahr tagt. Daran nehmen die AWO, die Kirchen, die Schulen, die Polizei und die Moscheevereine teil, mittlerweile über hundert Institutionen, die nicht alle regelmäßig dazustoßen, die aber insgesamt an diesem Projekt beteiligt sind. Diese Sozialraumkonferenz hat zwei Arbeitsgruppen, die die eigentliche Arbeit machen. Das sind der Arbeitskreis Schule und der Arbeitskreis Kriminalprävention. Und dort sitzen die Experten für die Stadtteile, die die Zusammenarbeit suchen.

Es ist eine wichtige Sache, die man für die anderen Städte festhalten kann: es bedarf dieser Strukturen, dieser klar gegliederten Strukturen, um erfolgreich in die Arbeit zu kommen. Es muss sozusagen eine moderierte Zusammenführung der Akteure auf der kommunalen Ebene geben, damit man ins Arbeiten kommt. Das sind die Rahmenbedingungen, der eigentliche zentrale Begriff lautet: kleinräumlicher Arbeitsansatz. Mit einem Generalkonzept kommt man nicht weiter, jedes Problem hat

spezifische Problemstellungen und entsprechend spezifisch müssen die Lösungsansätze aussehen.

Aus der eigentlichen Polizeiarbeit gibt es auch Innovationen zu berichten. Es gibt so etwas wie ein „Bürgenprinzip“, das mit dem Imam der Moscheegemeinde in der Vergangenheit erfolgreich angewandt wurde. Das sieht so aus, dass z.B. in einem Konflikt in einer Schule der Imam mit hinzugezogen wurde, und der Imam unterschreibt stellvertretend für den Schüler einen Vertrag und verpflichtet über seine Ehre als Imam den Schüler, diesen Vertrag einzuhalten. Das ist ein sehr interessantes Prinzip. Ich hatte das so noch nicht gehört, dass ein Imam in Stellvertretung einen Vertrag unterschreibt. Und in den Fällen, wo zwischen dem Imam und der Polizei ein Vertrag geschlossen wurde, ist er von den Jugendlichen nicht gebrochen worden. Der Erfolg gibt also dieser Sache recht. Wir haben dann im weiteren auch nachgefragt, ob denn auch die Möglichkeit bestünde, dieses Modell auch andernorts zur Anwendung zu bringen. Herr Alboga von DITIB meinte, man wolle das mal ansprechen in den Gemeinden. Es sei durchaus denkbar, dass man vielleicht auch dort ähnliche Wege gehen könne. Das war im wesentlichen das, was aus unserer Arbeitsgruppe zu berichten ist.

Feß:

Dank an die Moderatoren der Workshops.

Die Ergebnisse der Workshops geben der ProPK einiges an Hausaufgaben mit. Wir werden mit der Bundeszentrale für politische Bildung absprechen müssen, wie wir die Kooperation weiter gestalten können. Insbesondere der Wunsch, solche Fachtagungen weiterhin durchzuführen, ist eindeutig vorhanden. ProPK kann das allein nicht leisten, da sind wir auf Kooperationspartner wie die Bundeszentrale angewiesen. Gleiches gilt auch für einen denkbaren Informationspool. Hier sollte man auch eine Vernetzung weiter ins Auge fassen. Besonders wichtig ist auch der Erfahrungsaustausch, einerseits durch solche Fachtagungen, andererseits – das ist auch eine Pflicht der einzelnen Länder – dass man auf Ebene der Länder versucht, einen solchen Erfahrungsaustausch zu initiieren und durchzuführen. Das kann natürlich nicht so eine Bundeseinrichtung wie die Bundeszentrale oder wir von der polizeilichen Kriminalprävention leisten. Ich denke, das ist auch die Pflicht jedes einzelnen Landes, hier etwas zu machen. Andererseits hat mir die Konferenz gezeigt, dass die polizeiliche Ausbildung die Polizeibeamten in der Tat befähigt, jedes Problem systematisch anzugehen. Ein Beispiel aus der Einsatzlehre ist die Beurteilung der Lage, und die Polizeibeamten können das in der Tat. Sie können einen Sachverhalt gut erfassen und versuchen, den problemorientiert zu lösen. Und es zeigt sich, dieser Ansatz lässt sich auch übertragen auf die Modellprojekte der Kooperation mit Moscheevereinen. Man muss eine Analyse vor Ort durchführen: wie sind die Gegebenheiten vor Ort und wie kann sich so eine Kooperation gestalten. Die örtlichen Verhältnisse sind erst einmal das Maßgebliche. Deshalb muss man versuchen, diese Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen zu gestalten. Das Wichtigste ist die Zusammenarbeit vor Ort, in einem nächsten Schritt die Zusammenarbeit auf der Ebene des Landes und nicht zuletzt die Zusammenführung aller Erkenntnisse auf Bundesebene, und hier stehen eindeutig die bundesweiten Organisationen in der Pflicht.

Wie geht es nun weiter. Der Leitfaden wurde in einer Auflage von 13 000 Exemplaren erstellt und wird an die Dienststellen versandt, so dass jede Dienststelle in der Bundesrepublik Deutschland über so einen Leitfaden verfügt. Gleichzeitig ist geplant, in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung eine Dokumentation dieser Veranstaltung herzustellen. Federführend wird hier auch die Bundeszentrale sein.

An dieser Stelle möchte ich mich bei der Bundeszentrale für politische Bildung bedanken für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Das war auch für uns, für die Polizeiliche Kriminalprävention, ein völlig neuer Kooperationspartner. Andererseits hat mir Herr Müller-Hofstede versichert, dass es auch für die Bundeszentrale völlig neu war, so eng mit der Polizei zusammenzuarbeiten, mehr noch, dass es eine Organisation wie die Polizeiliche Kriminalprävention überhaupt gibt. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken. Ein weiterer Dank geht an die Stadt Stuttgart, die uns diesen wirklich sehr guten Konferenzraum zur Verfügung gestellt hat.

Zum Schluss möchte ich Ihnen allen eine gute Heimreise wünschen. Dankeschön.

Ende des Abschlußplenums